

6
79

Union in Deutschland

Bonn, den 8. Februar 1979

Sicherheit in Gefahr

Presse, Fernsehen und Hörfunk berichten in diesen Tagen ausführlich über Wehners neuen Vorstoß in der Abrüstungsfrage zugunsten der Sowjetunion, seine offenen Angriffe gegen Außenminister Genscher, seinen Versuch, Schmidt unter Druck zu setzen und den Krach, den er dadurch im SPD/FDP-Lager ausgelöst hat. Dazu erklärte der Parteivorsitzende Helmut Kohl in Bonn:

Was Wehner — und mit ihm andere in der SPD — wollen, ist kein Geheimnis: Sie lehnen die Einführung neuer, moderner Waffen zur Abwehr der Bedrohung durch die SS-20 rundweg ab, weil es — so Wehner — „nicht der realen Lage der Bundesrepublik“ entspreche, „mit der vorgeblichen Notwendigkeit zusätzlicher Waffensysteme zu argumentieren“.

Mit seiner Entschlossenheit, „Dampf“ zu machen, hat Wehner nicht nur seinen Parteifreund Schmidt im Visier; mit seinem „Dampf“ vernebelt er auch die tatsächliche Lage in Westeuropa. Ist es ein Zufall, daß Wehners Vorstoß zwar in Moskau Zustimmung fand — in Washington aber mit Besorgnis aufgenommen wurde?

Der militärpolitische Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen“ schrieb in diesen

Weiter auf Seite 2

■ JUGENDHILFE

Frau Hubers Broschüre führt in die Irre Seite 4

■ VERTEIDIGUNG

Wehner betreibt den Ausverkauf unserer Sicherheit Seite 5

■ DIENST-LEISTUNGEN

Mehr Privatisierung im öffentlichen Bereich Seite 8

■ WOHNUNGSBAU

Breitere Streuung privaten Wohneigentums gefordert Seite 11

■ MITTELSTAND

Wir brauchen eine neue öffentliche Bewußtseinsbildung Seite 13

■ DOKUMENTATION

Selbstverantwortung der Familien muß erhalten bleiben grüner Teil

■ EUROPA

Für ein demokratisches Europa mit starken Institutionen blauer Teil

■ ÖFFENTLICH-KEITSARBEIT

Das Gesamtangebot rosa Teil

■ INFORMATION

Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik

Die Ludwig-Erhard-Preise für Wirtschaftspublizistik 1979 wurden Frau Fides Krause-Brewer, Bonn, Redakteurin des Zweiten Deutschen Fernsehens, Prof. Dr. Karl Schiller, Jesteburg-Osterberg, Bundesminister a. D., sowie Dr. Franz Thoma, München, Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, zugesprochen. Die Übergabe der Verleihungsurkunden fand am 2. Februar 1979 in Bonn statt.

Den Stamokaps ein halbes Jahrhundert voraus

Anlässlich seiner Auszeichnung mit dem Ludwig-Erhard-Preis warnte Karl Schiller vor der „Riege der Systemveränderer“, die Strukturlenkungsmaßnahmen propagierten, um „bewährte Signale des Marktes“ abzuschaffen. Nachdrücklich widersprach Schiller der Behauptung, daß seit der Ölkrise, der Weltinflation und der Erfindung neuer Technologien die alten ökonomischen Gesetze

außer Kraft gesetzt würden. Unbestritten sei zwar dadurch ein Strukturwandel ausgelöst worden. Aber das bedeutet nicht das Ende der geltenden marktwirtschaftlichen Ordnung. Die tiefere Ursache der Schwierigkeiten liege praktisch immer darin, daß vorher gegen die Marktwirtschaft verstoßen worden sei und daß aus politischen oder sozialen Erwägungen die strukturelle Anpassung verweigert werde.

Für diese Verweigerung der Anpassung gebe es naturgemäß keine bessere Ausrede als die, die Normen der Ökonomik seien nicht mehr gültig. Um die unerwartete Lebensfähigkeit des von ihnen bekämpften „alten Kapitalismus“ zu erklären, verfielen die Systemveränderer und Stamokap-Anhänger auf das Verdammungsurteil, daß im „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ der Staat Lohndiener und Lebensverlängerer der Monopole sei. Die Stamokap-These sei falsch, weil es den Marktwirtschaftlern gelungen sei, eine saubere Trennung zwischen Staat und Markt herbeizuführen. Eine strikte Ordnungspolitik gebe dem Markt, was des Marktes ist und reduziere Staatsinterventionen auf die Setzung gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Diese liberale ord-

Fortsetzung von Seite 1

Tagen unter Berufung auf amerikanische Gesprächspartner, die „derzeitige Strategiedebatte innerhalb der SPD“ werde in den USA als ein „Rückfall der Kanzlerpartei“ in das negative, der militärischen Wirklichkeit widersprechende Verhalten der fünfziger Jahre“ gewertet; sollte die SPD eine „strategische Kehrtwendung“ vollziehen, so werde das „erhebliche Rückwirkungen auf die ge-

samte Sicherheitspolitik des westlichen Bündnisses haben“.

Der Bundeskanzler weiß also, was auf dem Spiel steht. Verhält er sich auch in dieser Auseinandersetzung so wie bei der Debatte um die Einführung der Neutronenwaffe in das Atlantische Bündnis, so wäre der endgültige Beweis erbracht, daß letztlich nicht Schmidt, sondern der linke Flügel der SPD die Richtlinien der deutschen Sicherheitspolitik bestimmt.

nungspolitische Neubesinnung sei der heutigen Stamokap-Attitüde ein halbes Jahrhundert voraus.

Schuman-Preis für von Hassel

Mit dem Robert-Schuman-Preis der Hamburger Stiftung F.V.S. wird in diesem Jahr der ehemalige Bundestagspräsident von Hassel (CDU) ausgezeichnet. Wie die Stiftung in der Hansestadt mitteilte, ist der mit 30 000 DM dotierte Preis zur Auszeichnung außerordentlicher Leistungen für die europäische Einigung vorgesehen.

Die Regierung gewöhnt sich an Arbeitslosigkeit

Anlässlich der Bekanntgabe der Arbeitslosenzahlen für Januar 1979 erklärte der stellvertretende Vorsitzende des Arbeitskreises „Wirtschaft und Ernährung“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Elmar Pieroth, es ließe sich keine Tendenzwende am Arbeitsmarkt erkennen. Die Zahl der Arbeitslosen sei im Januar um 164 679 auf 1 171 400 (gleich 5,1 %) gestiegen, die Zahl der Kurzarbeiter habe sich auf 134 900 erhöht. Während die offenen Stellen geringfügig zugenommen hätten, zeigten die saisonbereinigten Zahlen weiter negative Tendenz. Es wäre unverantwortlich, sich an eine Arbeitslosenzahl von 900 000 oder knapp 1 000 000 zu gewöhnen und diese als unabänderlich hinzunehmen. „Die Bundesregierung sollte die Gründe nennen, warum trotz sich bessernder Konjunktur die Arbeitslosigkeit der Problemgruppen, wie z. B. ungelernte, gesundheitlich behinderte und ältere Arbeitnehmer, bei gleichzeitiger Facharbeiternachfrage zunimmt, und wie sie diese wichtige Aufgabe zu lösen gedenkt.“

Der Vorsitzende des Arbeitskreises IV — Sozial- und Gesellschaftspolitik — der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Franke, kündigte an, die CDU/CSU werde den jetzt im Bundesrat vorliegenden Regierungsentwurf einer Fünften Novelle zum Arbeitsförderungs-gesetz in wichtigen Punkten verbessern, damit endlich für die am schwersten betroffenen Problemgruppen auf dem Arbeitsmarkt eine Trendumkehr eingeleitet wird. Es rächten sich nämlich jetzt die von der Koalition von SPD und FDP zu verantwortenden Fehlgriffe bei der Verabschiedung des Haushaltsstrukturgesetzes im Jahre 1975, als zahlreiche präventive Leistungen des Arbeitsförderungs-gesetzes verschlechtert wurden.

Flensburger Katalog ungerecht?

Für eine baldige Änderung des Punkte-katalogs bei den Eintragungen in der Flensburger Verkehrssünderkartei hat sich der Vorsitzende des Rechtsausschusses im Bundestag, der CDU-Abgeordnete Carl Otto Lenz, ausgesprochen. Lenz vertrat die Ansicht, eine Reihe von Verkehrsverstößen seien nicht richtig bewertet. So müsse gefragt werden, ob es gerechtfertigt sei, wenn Unfälle mit Körperverletzungen automatisch zu einer höheren Punktzahl führten. Der CDU-Rechtspolitiker setzte sich ferner dafür ein, bei den Eintragungen in Flensburg auch das größere Risiko etwa von Berufskraftfahrern zu berücksichtigen. Ungerecht könne es sein, wenn jemand mit einer Fahrleistung von jährlich nur 15 000 Kilometern bei 18 Punkten in der Flensburger Kartei ebenso den Führerschein verliere wie jemand mit einer Fahrleistung von 50 000 Kilometern.

■ JUGENDHILFE

Frau Hubers Broschüre führt in die Irre

**Vor kurzem legte der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, Frau Antje Huber, der Öffentlichkeit eine Broschüre unter dem Titel vor: „Jugendhilfe — mehr Hilfe, weniger Eingriffe“. Auf nahezu 70 Seiten wird mit Glanz-
leineneinband eine vom Steuerzahler bezahlte Informationsschrift zum Gesetzentwurf der Bundesregierung angeboten, die im Bundesrat abgelehnt wurde.**

Auch die Ministerpräsidenten der SPD-regierten Bundesländer waren der Auffassung, daß der Gesetzentwurf der Bundesregierung zu perfektionistisch, unüberschaubar und dirigistisch sei und einer Überarbeitung bedürfe.

Hier wird im Vorfeld der parlamentarischen Beratung Stimmungsmache betrieben und die Bevölkerung durch unsachliche, sogar täuschende Darstellungen der Wirklichkeit in die Irre geleitet, erklärte der jugendpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion MdB Hermann Kroll-Schlüter. Der mündige Bürger wird durch Desinformation politisch vorprogrammiert.

Insgesamt wurden über 200 Änderungsanträge zu diesem Gesetz vorgetragen; Frau Huber setzte sich jedoch über die Empfehlung des Bundesrates hinweg, ein neues praktikables Gesetz zu konzipieren. Durch geschickte Manipulation

in der Aufmachung und inhaltlichen Gestaltung der Broschüre wird der Öffentlichkeit vorgegaukelt, als handele es sich bei dem vorgelegten Gesetzentwurf um ein so gut wie bereits in Kraft getretenes Gesetz.

Eine Täuschung beinhaltet bereits die Feststellung, daß der Vorlage des Entwurfes eine „zweijährige intensive Abstimmung und Diskussion mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden, den Kirchen und den Verbänden vorausgegangen“ sei. Richtig ist vielmehr, daß die Bundesregierung bereits seit 1969 an der Konzeption eines neuen Jugendhilfegesetzes arbeitet, daß das bisherige Jugendwohlfahrtsgesetz ablösen soll.

Nach mehreren Diskussions- und Referententwürfen wurde der erste Gesetzentwurf von der Bundesregierung zurückgezogen, nachdem sie selbst feststellte, daß das Gesetz fehlschlug und nicht zu realisieren war.

Geradezu unverschämte ist die trügerische Behauptung, der Gesetzentwurf sei mit den Landesjugend- und den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden und Kirchen auf der einen Seite, abgestimmt, die meisten Probleme werden gleich oder ähnlich gesehen, so daß der Entwurf „im großen und ganzen auf allen Seiten mitgetragen wird“.

Frau Huber verleugnet die Wirklichkeit, wonach ihrem Gesetzentwurf massive Kritik sowohl der Kirchen als auch der betroffenen Verbände entgegenschlug; die Diskussion um Notwendigkeit, Zielrichtung, Art und Weise der Ausgestaltung des Gesetzentwurfes ist noch nicht abgeschlossen und wird sowohl die Öffentlichkeit als auch den Bundesrat noch lange beschäftigen.

■ VERTEIDIGUNG/ABRÜSTUNG

Wehner betreibt den Ausverkauf unserer Sicherheit

Wieder — so sieht es aus — versucht Herbert Wehner, die Weichen für den Schienenstrang deutscher Politik in Richtung einseitiger Vorleistungen an Moskau und damit in den Sackbahnhof hoffnungsloser Unterlegenheit unseres Landes zu stellen. Gelänge ihm das, so würde sich Helmut Schmidt gezwungen sehen, den Zug in dem wir alle sitzen, auf einem Kurs zu fahren, den er nach eigener Einsicht wahrscheinlich nicht einschlagen möchte.

Was rechtfertigt solchen Argwohn? Vor Jahr und Tag schon hatte Egon Bahr — offenbar wider den Willen des Kanzlers — eine demagogische Kampagne gegen die sogenannten Neutronenwaffe entfesselt. Daraus war bereits deutlich geworden, daß es der SPD-Baracke darauf ankam, eine Modernisierung der amerikanischen Kernwaffen auf europäischem Boden zu verhindern.

Jetzt hat das alte Spiel, das seit den Plänen des polnischen Außenministers Adam Rapacki nie beendet worden ist, auf neue Weise begonnen, stellte MdB Manfred Wörner, Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, fest. Wie sonst ließen sich die Ausführungen des SPD-Fraktionschefs deuten? „Es entspricht“ — so schrieb Wehner im ideologischen Zentralorgan seiner Partei — „nicht der realen Lage der Bundesrepublik, mit der vorgeblichen Notwendigkeit zusätz-

licher Waffensysteme zu argumentieren und dabei die Gefahr herauszubeschwören, daß die Bundesrepublik zum Träger solcher zusätzlicher Waffen gemacht würde, statt die Kräfte des Bündnisses in die Waagschale von Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau zu bringen.“

Trotz eilfertiger und beflissener Dementis, die den Eindruck von Meinungsverschiedenheiten löschen sollten, bleibt ein Gegensatz zwischen dem, was Wehner schrieb, und dem was Schmidt sagte, für jeden unverkennbar, der zu lesen und zu hören versteht. Während Wehner ja gleichsam um jeden Preis für Abrüstung plädiert, scheint Schmidt immerhin nicht nur die Modernisierung der Gefechtswaffen für nötig zu halten, sondern auch einen Ausgleich auf dem Felde der „Grauzonenwaffen“ anzustreben. Die Abrüstungsdebatte des Bundestages im nächsten Monat wird zeigen, ob der Regierungschef auf seiner Position beharrt oder — wie damals gegenüber Bahrs Agitation — vor dem Druck aus den eigenen Reihen zurückweicht.

Das alles rührt an das Fundament unserer Sicherheit, da es um politische Antworten auf militärische Fragen geht. Wenn sich die Amerikaner im Bereich der Langstreckenwaffen auf der Basis des Gleichgewichts arrangieren, wächst die Bedeutung des Ungleichgewichts im Bereich der Mittelstreckenwaffen, mit denen die Sowjets unseren

Kontinent in zunehmendem Maße bedrohen. Zwischen den immensen Einschüchterungskapazitäten des Ostens und den begrenzten Abschreckungspotentialen des Westens würde dann auf die Dauer eine Lücke klaffen, in der sich eine Konzeption der Neutralität, für die in der Sozialdemokratie politisch-psychologisch ohnehin eine traditionelle Neigung besteht, vermutlich ziemlich rasch herausbildet.

Die Situation, die unsere Befürchtungen weckt, wird durch die Tatsache bestimmt, daß Moskaus Kampfmittel von interkontinentaler Reichweite von denen der USA zwar gegenwärtig noch aufgewogen werden, Washingtons Kampfmittel von kontinentaler Reichweite aber allenfalls ein Zehntel dessen ausmachen, was die UdSSR anbietet, nämlich

— etwa 700 SANDAL-, SKEAN- und SS-20-Raketen auf dem Lande,

— rund 810 BADGAR-, BLINDER- und BACKFIRE-Bomber in der Luft,

— ungefähr 60 SERB- und SERK-Geschosse auf dem Meer.

Warum unterhält und verstärkt die Sowjetunion dieses riesige nukleare Waffenarsenal gegen die NATO, ohne von den Vereinigten Staaten oder gar von Großbritannien und Frankreich dazu provoziert zu werden? Warum sorgt sie mit der Einführung der SS-20-Raketen und der BACKFIRE-Bomber für die quantitative Vergrößerung und die qualitative Verbesserung dieser besonderen Kategorie von Waffen, die von den SALT und MBFR nicht erfaßt werden?

Die atomare Rüstung des Kreml ist ebenso wie dessen konventionelle Rüstung nicht mit defensiven Tendenzen erklärbar, sondern sie hat eindeutig offensive Motive, was nicht zu besagen

braucht, daß die Planung auf die militärische Aggression abzielt, gewiß indessen die Behauptung bestätigt, daß sie dem politischen Druck dient.

Helmut Schmidt weiß das, und Herbert Wehner dürfte es ebenso wissen. Daher bemüht sich der SPD-Fraktionschef den Kanzler mit allerlei Zitaten auf eine Politik festzulegen, die nicht zur allmählichen Restabilisierung, sondern zur völligen Destabilisierung des Gleichgewichts der Kräfte führen würde. Verfolgt er in innenpolitischer Absicht den taktischen Zweck, in zukünftigen Wahlkämpfen die Koalition als Fördergemeinschaft der Abrüstung darzustellen, damit die Opposition sozusagen als Fördergesellschaft der Aufrüstung erscheint? Oder geht es ihm in außenpolitischer Vision um das strategische Ziel, eine Situation zu schaffen, in der unser Volk nicht mehr glauben kann, im Nordatlantikpakt Sicherheit zu finden, also meinen muß, einen anderen Weg suchen zu sollen? Steckt dahinter der utopische Gedanke an ein Zwischenreich, das weder zum Westen noch zum Osten gehört, eine Idee, von der Egon Bahr mitunter zu träumen pflegt?

Wäre ein derartiger Wunsch zur Wirklichkeit gediehen, so hätte die Bundesrepublik den amerikanischen Schirm mit dem sowjetischen Zügel vertauscht. Derartige Entwicklungen müssen wir vorbeugen. Abrüstungsverhandlungen mit dem Osten können nur dann erfolgreich geführt werden, wenn der Westen nicht mit leeren Händen antritt. Noch nie wurden ja westliche Vorleistungen mit östlichen Nachleistungen bezahlt.

Daher darf zwischen Rüstungskontrollverhandlung und aktiver Verteidigungspolitik kein künstlicher Gegensatz aufgebaut werden, wie das Wehner versucht. Nur, wenn der Westen zum Aus-

Wehner im Wortlaut

Am 16. Januar 1979 in der SPD-Zeitschrift „Neue Gesellschaft“: „Es entspricht nicht der realen Lage der Bundesrepublik mit der vorgeblichen Notwendigkeit neuer Waffensysteme zu argumentieren und dabei die Gefahr heraufzubeschwören, daß die Bundesrepublik zum Träger solcher zusätzlicher Waffen gemacht würde, statt die Kräfte des Bündnisses in die Waagschale von Rüstungsbegrenzung und Rüstungsabbau zu bringen.“

Am 31. Januar 1979 in der „Neuen Ruhr-Zeitung“: „Die Möglichkeit der Abrüstungsverhandlungen muß bis an die äußerste Grenze ausgeschöpft werden, und das ist bei den Wiener MBFR-Verhandlungen noch nicht geschehen. Die bisherigen Vorschläge des Westens halte ich für unzureichend.“

Am 3. Februar 1979 im „Norddeutschen Rundfunk“: „Sie (die Wiener MBFR-Verhandlungen) sind deshalb unzureichend, weil es vorwiegend Expertengespräche sind, in denen vorwiegend, wenn nicht gar ausschließlich, Daten ausgetauscht und gegeneinandergestellt werden... Mir liegt daran, daß aus den Verhandlungen wirkliche Verhandlungen werden, und daß es nicht nur Expertengespräche mit Vergleichen der Daten sind.“

Über die sowjetischen Streitkräfte sagte Wehner: „Es gibt zwar eine Philosophie, ... als ob von der Sowjetunion her etwas drohe, und ich bestreite das. Das, was sie hat, über das muß man sehr streiten, muß man mit ihr rechten und rechnen, aber das ist defensiv und nicht Aggression.“

Am 4. Februar 1979 in der Rotterdamer Zeitung „NRC-Handelsblad“: „Ich weiß, wo die schwache Stelle der westdeutschen außenpolitischen Präsentation sitzt. Ich kenne die Methode von Außenminister Genscher und ich bin damit nicht einverstanden.“

Und das schreibt die Presse:

„Haben sich die Militärfachleute jahrelang geirrt? Sind die 18 000 sowjetischen Panzer — dreimal mehr als der Westen hat — sind diese Panzer Planierraupen, die den Weg zum Frieden bahnen? Sind die Mittelstreckenraketen mit Atomsprengköpfen, die auf uns gerichtet sind, Rohrpostanlagen, mit denen Entspannungspläne befördert werden?“

Nein, Wehner kann nicht so naiv sein, zu glauben, was er sagte. Aber was glaubt er nun wirklich?“

BILD, 6. Februar 1979

„Was Experten zum militärischen Kräfteverhältnis zwischen Ost und West sagen — und dies sieht für den Westen nicht gerade günstig aus —, das schert den Genossen Wehner offenbar wenig. Und wenn er so haarsträubende Thesen wie die von der sowjetischen Friedfertigkeit aufstellt, dann vertritt er nicht die Interessen der NATO, sondern die Moskaus, auch wenn er vorgibt, der Entspannung zu dienen.“

Münchener Merkur, 6. Februar 1979

„Mit der Beschönigung Wehners, der unter allen Umständen die Erfolge der sozial-liberalen Koalition in der Ostpolitik retten möchte, wird das Herzstück der westlichen Verteidigung getroffen.“

Bonner Rundschau, 6. Februar 1979

■ DIENSTLEISTUNG

Mehr Privatisierung im öffentlichen Bereich

Für mehr Wettbewerb auch bei öffentlichen Dienstleistungen hat sich der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU in einem Thesenpapier ausgesprochen. Diese „Thesen zum Wettbewerbsprinzip für öffentliche Dienstleistungen“ hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses, MdB Heinz Schwarz, jetzt auf einer Pressekonferenz in Bonn vorgestellt und dazu folgendes ausgeführt:

Im Grundsatzprogramm der CDU heißt es: „Wir wollen die Freiräume des Bürgers erweitern und verhindern, daß der Staat diese Freiräume immer weiter beschneidet, daß er immer mehr Aufgaben an sich zieht und schließlich zum totalen Staat wird“ (Ziffer 124). Und „wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch private und freie Träger erfüllt werden, ohne daß diese öffentlichen Aufgaben dadurch zu deren Angelegenheit werden“ (Ziffer 121).

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat zur Konkretisierung dieser Aussagen die „Thesen zum Wettbewerbsprinzip für öffentliche Dienstleistungen“ erarbeitet. In seinen Vorschlägen geht der Fachausschuß davon aus, daß die Stärkung des Wettbewerbs, eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft, auch im Bereich öffentlicher Ausgaben dazu beiträgt, mehr Privatinitiative zu ermöglichen, eine größere Vielfalt der Angebote zu schaffen und

Dienstleistungen dem Bürger besser und billiger anbieten zu können.

Für den Bereich der Ver- und Entsorgungsleistungen sowie sonstiger technischer Dienstleistungen fordert der Bundesfachausschuß die kommunalen und staatlichen Stellen auf, private Wettbewerbsangebote zu in öffentlicher Regie erbrachten Dienstleistungen einzuholen. Soweit der Vergleich ergibt, daß die Aufgabenerfüllung durch die öffentliche Hand nicht die günstigste Lösung ist, soll daraus die Konsequenz gezogen und die Aufgabe dem günstigsten privaten Anbieter übertragen werden.

Dabei soll nach Möglichkeit dafür gesorgt werden, daß die im öffentlichen Dienst für diese Aufgabe Beschäftigten durch Übertragung einer anderen Aufgabe im öffentlichen Dienst oder durch Weiterbeschäftigung im alten Aufgabenbereich für das neue Unternehmen einen Arbeitsplatz behalten.

Die privaten Auftragnehmer öffentlicher Dienstleistungen müssen sich von Zeit zu Zeit einem neuen Angebotsvergleich stellen. Monopolbildungen müssen vermieden werden. Die Verträge müssen entsprechend befristet sein. Bei Großaufträgen ist darauf zu achten, daß sie durch Aufteilung in Mengen oder Fachlose oder durch Ermöglichung der Kooperation mittelständischer Unternehmer auch für leistungsfähige Klein- und Mittelbetriebe zugänglich bleiben.

Zustandekommen und Ablauf der bisher erfolgten Übertragungen bestätigen in keiner Weise das polemische Schlagwort, es würden „Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert“. Typischerweise ist das Gegenteil richtig: öffentliche Verluste aus Steuergeldern werden in private Gewinne verwandelt, die neue Steuern einbringen.

■ KOALITION

Bemerkenswertes Eingeständnis der SPD

Zu den Angriffen des wirtschaftspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion Wolfgang Roth auf die Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung erklärt der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Adolf Müller (Remscheid), daß hier zum ersten Mal seit Jahren eine Stellungnahme aus dem Rahmen der üblichen allmonatlichen Schönfärberei fällt. Hier werden die Arbeitslosenzahlen nicht mehr wie gewöhnlich abgewiegelt, beschönigt oder saisonalen Ursachen zugeschoben, sondern das Versagen der Regierung in der Arbeitsmarktpolitik aus den Reihen der SPD-Fraktion erstmals klar und eindeutig gebrandmarkt. Es ist für den Bundeskanzler Helmut Schmidt kein gutes Zeugnis, wenn ihm in dieser wichtigsten Frage aus der eigenen Fraktion völliges Versagen vorgeworfen wird; und für die Kollegen aus der SPD-Fraktion ist es kein gutes Zeugnis, daß sie diesen Vorwurf erst nach über vier Jahren Stillhalten erheben.

Ahlers-Kritik an Klose

Der Chefredakteur der sozialdemokratischen „Hamburger Morgenpost“, der SPD-Bundestagsabgeordnete Conrad Ahlers, hat den Hamburger Bürgermeister Hans-Ulrich Klose (SPD) wegen seiner Profilierungsversuche auf dem linken SPD-Flügel wieder kritisiert. Die jüngsten Äußerungen des früheren Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller (67) zur Situation der Marktwirtschaft nutzte Ahlers, um Klose in einem Leitartik

tikel wegen seiner umstrittenen Stamokap-Thesen vorzuwerfen, diese „wohl mehr aus innerparteilicher Taktik, denn aus wirtschaftspolitischer Überzeugung“ vertreten zu haben. Wörtlich schreibt Ahlers: „Schiller wies nach, daß nicht, wie der Bürgermeister meinte, der Staat ein Reparaturbetrieb des Kapitalismus sei, sondern daß umgekehrt die Marktwirtschaft oftmals die Fehler und Versäumnisse ausbügeln müsse, die von staatlicher Wirtschaftspolitik begangen wurden.“

Eine Schlamperei Bonns kostete Millionen

In einem 50 Seiten langen Prüfbericht hat der Bundesrechnungshof jetzt, der „Welt“ zufolge, festgestellt, daß mangelnde Aufsicht der Bundesregierung eine der Hauptursachen für Millionenverluste der Deutschen Bau- und Bodenbank (DBB) ist. In dem Bericht wird vor allem das Bundeswohnungsbauministerium kritisiert. Der Minister habe seine Aufsichtspflicht nicht ausreichend wahrgenommen. Insgesamt hat der Rechnungshof für die finanzielle Pleite der Bank unsachgemäße Geschäftsführung, Manipulationen und Schlamperei festgestellt. Die Bilanz des Unternehmens — Hauptaktionäre waren der Bund (67,08 Prozent) und das Land Nordrhein-Westfalen (25,1 Prozent) — konnte 1976 nur durch ein Bonner Darlehen über 175 Millionen Mark und eine Bürgschaft über weitere 100 Millionen Mark ausgeglichen werden. Diese Beträge muß Bonn wohl jetzt als Verlust abschreiben.

Der Rechnungshof kritisiert: Obwohl der Bundesbauminister über den wahren Sachverhalt bei der Bank im Bilde war, hat er „jeweils den die Aktionärsrechte des Bundes wahrnehmenden Vertreter seines Hauses angewiesen, in

den Hauptversammlungen zuzustimmen, daß der Vorstand entlastet werde“.

Beklagt wird in dem Prüfungsbericht auch, daß selbst Interventionen des Präsidenten der Bundesanstalt für das Kreditwesen den Minister nicht bewegen hätten, gebotene Prüfungen nachzuholen und dabei auch der Frage nachzugehen, ob Vorstandsmitglieder der Bank zum „Ersatz eines aus der Verletzung von Pflichten entstandenen Schadens heranzuziehen sind“. Die Frage des Schadensersatzes müsse jetzt unverzüglich geprüft werden.

„SPD- und FDP-Fraktion ein verworrener Haufen“

Als einen „verworrenen Haufen“ bezeichnete die Zeitung der dänischen Minderheit, Flensburg Avis, die SPD- und FDP-Landtagsfraktion in Kiel. In einem Kommentar des Blattes, dessen Chefredakteur der SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer ist, wird bezweifelt, daß SPD und FDP dazu reif seien, die von ihnen im Wahlkampf angestrebte Regierungsmacht in Schleswig-Holstein zu übernehmen. Von gegenseitiger Solidarität merke man nichts, heißt es in dem Kommentar. Wenn SPD und FDP nun öffentlich debattierten, ob Klaus Matthiesen (SPD) oder Uwe Ronneburger (FDP) der geeignetste Ministerpräsidentenkandidat sei, und wenn sie sich gegenseitig sagten, jeder solle sich um seine eigenen Angelegenheiten kümmern, dann sei es verständlich, daß die Wähler zu zweifeln beginnen würden.

Unerträgliche Entgleisung

Zu den Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt im Berliner Wahlkampf, ein Sieg der CDU in Berlin würde die west-

liche Welt irritieren, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gerhard Kunz (Berlin), die Äußerungen von Bundeskanzler Schmidt seien der untaugliche Versuch einer Wahlerpressung und eine für demokratische Verhältnisse ungeheuerliche unerträgliche Entgleisung. Die SPD wolle die CDU und ihren Spitzenkandidaten Richard von Weizsäcker sozusagen zum Sicherheitsrisiko für Berlin stempeln. „Wer zu solchen üblen Methoden greift, zerstört nicht nur jede demokratische Gemeinschaft, sondern er fügt damit auch Berlin schweren Schaden zu, dessen Wohlergehen seit jeher von der festen Solidarität aller demokratischen Kräfte abhängt. Der politische Wechsel für Berlin ist überfällig.“

Zu den Äußerungen des Bundeskanzlers haben Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion entsprechende Fragen an die Bundesregierung gerichtet.

Union erwägt Verfassungsklage

Die CDU/CSU hat eine Verfassungsklage für den Fall angekündigt, daß die Bundesregierung weiterhin die Herausgabe der Akten des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) über elf Lauschoperationen verweigert. Der Obmann der Union im Abhörausschuß des Parlaments, Erich Riedl (CSU), erklärte in Bonn, die Bundesregierung verletze mit dieser Weigerung ihre Amtshilfepflichtung nach Artikel 44 des Grundgesetzes.

Durch die anhaltende Aktenverweigerung, so betonte Riedl, setze sich die Bundesregierung dem Vorwurf aus, sie versuche, Abhörfälle aus der Amtszeit des Verteidigungsministers Helmut Schmidt zu verheimlichen.

■ WOHNUNGSBAU

Breitere Streuung privaten Wohneigentums gefordert

Eine grundlegende und langfristige Neuorientierung der Wohnbaupolitik in der Bundesrepublik hat die Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau der Bundestagsfraktion gefordert. In einer Klausurtagung verabschiedete die Arbeitsgruppe sogenannte „Lübecker Thesen“. Darin heißt es unter anderem, privates Eigentum müsse mit Vorrang gefördert und privates Eigentum an Grund und Boden sowie an Wohnungen breiter gestreut werden. Mietwohnungen sollten verstärkt in eigengenutzte Eigentumswohnungen umgewandelt werden.

Die Wohnungsbaupolitik der Bundesregierung ist zum öffentlichen Ärgernis geworden, erklärte **MdB Friedrich-Adolf Jahn** (Münster), **Obmann der Arbeitsgruppe Raumordnung, Bauwesen und Städtebau**. Sie verdient nicht mehr die Bezeichnung „sozial“, von „liberal“ mangels Marktorientierung ganz zu schweigen.

Der Wohnungsmarkt ist gespalten, und die Auseinanderentwicklung beschleunigt sich von Jahr zu Jahr. Mehr als ein Drittel des Wohnungsbestands besteht aus öffentlich geförderten Sozialwohnungen mit staatlich subventionierten Mieten und weitreichenden Belegungs- und Mietpreisbindungen. Die Gesetzmäßigkeiten des Marktes gelten hier nicht. Der freifinanzierte Mietwohnungsbau ist mangels Abbaus von Hemmnissen für

private Investitionen nahezu zum Erliegen gekommen.

Aber auch in dem Bestand von etwa zehn Millionen nichtöffentlich geförderten Mietwohnungen funktioniert der Markt nicht mehr. Sozialmieten liegen manchmal höher als die Mieten vergleichbarer freifinanzierter Wohnungen. Sozialmieten dürfen keine Preisführer am Wohnungsmarkt sein.

Folgende Thesen wurden erarbeitet:

① Die Bildung privaten Eigentums mit Vorrang zu fördern, bleibt auch weiterhin gesetzlich gebotene Aufgabe der Wohnungsbaupolitik. Die CDU hält an ihrem ordnungspolitischen Ziel fest, privates Eigentum an Grund und Boden und an Wohnungen breiter zu streuen. Junge und kinderreiche Familien müssen frühzeitiger Wohnungseigentum erlangen können. Eine breitere Streuung privaten Eigentums ist die freiheitliche Alternative zur Einräumung ausschließlicher Nutzungsrechte durch die Gemeinden, wie dies die SPD-Programme anstreben.

② Möglichst viele Mieter, die dies wollen, sollen in die Lage versetzt werden, Eigentümer ihrer jetzigen Mietwohnungen zu werden; denn Eigentum an der eigengenutzten Wohnung ist und bleibt der beste Mieterschutz.

Die verstärkte Umwandlung von Mietwohnungen in eigengenutzte Eigentumswohnungen entspricht nicht nur einem ordnungspolitischen, sondern

auch einem städtebaulichen Anliegen. Der Verkäufer der Mietwohnung wird in der Regel den Erlös wieder für Bauinvestitionen verwenden, der Erwerber besondere Anstrengungen für die Modernisierung erbringen.

Die Wohnungspolitik bedarf einer grundlegenden und langfristigen Neuorientierung. Eines ihrer Ziele, die Mindestversorgung der Bürger mit geeignetem Wohnraum, ist von regionalen und gruppenspezifischen Engpässen abgesehen weitgehend erreicht. Die Wohnungswirtschaft ist unter sozialer Absicherung der einkommensschwachen Bevölkerungskreise schrittweise in die Soziale Marktwirtschaft einzubinden. Der Staat hat für die Bürger zu sorgen, die eine marktgerechte Miete nicht aufbringen können.

Da nicht alle Bürger Eigentum an der Wohnung erwerben können oder wollen und für sie die Mietwohnung Mittelpunkt ihres Lebens ist, ist ein gesetzlich festgelegter Schutz des Mieters gegenüber nicht gerechtfertigten Kündigungen notwendig. Die Union bejaht die Regelung, daß die Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung ausgeschlossen ist.

Auf der anderen Seite muß die Möglichkeit eingeräumt werden, Mieten zu erzielen, die die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes gewährleisten. Regelungen, die sich nachteilig auf die Wirtschaftlichkeit des Hausbesitzes auswirken, führen letztlich zu einer Mangellage im Wohnungsmarkt und wirken sich so auf lange Sicht zum Nachteil der Mieter aus. Der soziale Wohnungsbau kann im Hinblick auf die begrenzten öffentlichen Mittel die Wohnungsversorgung nicht garantieren.

Private Investitionsbereitschaft ist der Schlüssel zum Erfolg in der Wohnungsbaupolitik. Ohne den Abbau von gesetz-

lichen und bürokratischen Hemmnissen für private Investitionen wird es einen ausreichenden freifinanzierten Mietwohnungsbau nicht geben. Ein Mietshaus zu bauen muß attraktiver werden. Die gesamte Wohnungsbauförderung einschließlich des Wohngeldes, der steuerlichen Maßnahmen sowie der Bausparförderung muß neu geregelt und damit verbessert werden.

Die knappen Mittel der staatlichen Wohnungsförderung müssen den wirklich einkommensschwachen Bevölkerungskreisen vorbehalten bleiben.

Um öffentliche Mittel für den Wohnungsbau zu mobilisieren, sollte bei vorzeitiger Rückzahlung der öffentlichen Förderungsmittel neben der Verkürzung der Bindungsfristen ein Bonus auch für Mietwohnungen und für Wohnungen des 2. Förderungsweges gewährleistet werden.

Zur Erzielung tragbarer Mieten und Lasten muß sich die öffentliche Förderung des Mietwohnungsbaus bei Wahrung des unbedingt notwendigen Umfangs objektbezogener Förderung stärker auf die subjektbezogene Förderung verlagern. Eine subjektbezogene Förderung gewährleistet, daß die laufende Förderung dem Wohnungsnutzer selbst zugute kommt und vermeidet künftige Fehlbelegungen.

Wohnungsneubau, Wohnungsmodernisierung, Sanierung sowie die Verbesserung des Wohnungsumfeldes sind gleichwertige städtebauliche und wohnungspolitische Aufgaben.

Um der Stadtflucht wirksam entgegenzuwirken, müssen Städtebauförderung und Wohnungsmodernisierung besser aufeinander abgestimmt werden.

Die Förderungsprogramme des Bundes und der Länder müssen vereinheitlicht und vereinfacht werden.

■ MITTELSTANDSVEREINIGUNG

Wir brauchen eine neue öffentliche Bewußtseinsbildung

Die Mittelstandsvereinigung hat sich in schwierigen Zeiten stets als eine Klammer zwischen CDU und CSU erwiesen. Um es vorwegzunehmen, diesen Eindruck konnten die Delegierten vom 24. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung der CDU/CSU mit nach Hause nehmen.

Der Bundesvorsitzende MdB Gerhard Zeitel rief die beiden Unionsparteien zu einer neuen gemeinsamen Anstrengung auf: „Ich glaube nicht, daß wir einen Wahlsieg erreichen werden, wenn wir uns auf eine vierte Partei verlassen, ganz gleich wie sie heißen mag. Wenn aber CDU und CSU im Einvernehmen handeln, dann werden wir die kommenden Auseinandersetzungen gewinnen.“ Es gelte jetzt schleunigst wieder in die programmatische und gesetzgeberische Sachdiskussion einzutreten, meinte Zeitel unter großem Beifall der 450 Delegierten aus CDU und CSU.

Dieses Bekenntnis, daß Sachpolitik künftig wieder Vorrang vor der Personalpolitik haben müsse, stellte auch der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, MdB Friedrich Zimmermann, seinen Ausführungen voran. Zimmermann erteilte jeder Form von kollektivistischer Wirtschaftsordnung, in der gerade für die selbständigen Unternehmer und die Freiberufler kein Platz sei, eine scharfe Absage. Er machte deutlich, daß sich der Staat im Bereich der Wirtschaftspo-

litik wieder verstärkt auf die Schaffung langfristiger, konstanter und berechenbarer Rahmenbedingungen konzentrieren müsse. Insgesamt sei es an der Zeit, daß die Politik Abschied nehme von einer Geisteshaltung, die davon ausgehe, alles durch Gesetz, Eingriffe und Planungen regeln zu können.

Über diese wirtschaftspolitischen Aspekte hinausgehend, umriß der Bundesvorsitzende Gerhard Zeitel neue Visionen für den gesamten Mittelstand: „Wir brauchen eine neue öffentliche Bewußtseinsbildung, die uns hilft, die Bedeutung des Mittelstandes in der praktischen Politik stärker zur Geltung zu bringen. Ich halte nichts davon, immer gleich nach dem Staat zu rufen, wo wir zunächst selbst gefordert sind; ich halte auch nichts von ständig neuen Hilfsprogrammen für den Mittelstand. Statt dessen müssen wir ein neues Leitbild aufbauen, in dem nicht der große, sondern der kleine Betrieb die zentrale Rolle spielt.“

Zeitel forderte den Mittelstand zu größerer Solidarität auf. Mittelstandspolitik betreffe nicht nur Handel und Handwerk, sie umfasse darüber hinaus zahlreiche Gruppierungen über die Freiberufler bis zu den leitenden Angestellten.

In den inhaltlichen Fragen sollte der Mittelstand einen gemeinsamen Block bilden, denn nur so könne er zur entscheidenden Stoßkraft für eine freiheitliche Gesellschaftsordnung werden. Laut Zeitel versteht sich die Mittel-

standspolitik nicht nur als Wirtschafts- und Finanzpolitik, sie sei vielmehr das Herzstück unserer Gesellschaftspolitik. Eine gute Rede, mit der sich Zeitel zu seiner ersten Wiederwahl den Delegierten präsentierte, die auch mit viel Beifall bedacht wurde. Manche Mißverständnisse, die nach dem Ludwigshafener Parteitag der CDU noch nicht restlos ausgeräumt schienen, waren damit weggewischt. Entsprechend klar fiel auch das Vertrauensvotum für Prof. Zeitel aus. Von 389 abgegebenen Stimmen erhielt er 338, mit Nein stimmten 39 Delegierte bei 11 Enthaltungen.

Auch der geschäftsführende Vorstand wurde von den Delegierten eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt. 321 stimmten für den Mainzer Architekten Hansjürgen Doss, 364 für den Krefelder Oberbürgermeister Hansheinz Hauser, MdB, 330 für den hessischen Unternehmer Dr. Christian Schwarz-Schilling, MdB, und 341 für den bayerischen Landesvorsitzenden und Kürschnermeister Richard Wengenmeier, MdL. Einmütig bestätigten auch die Delegierten die Kooption in den geschäftsführenden Bundesvorstand von MdB Heinz F. Landré, MdL, Günther Steeb, MdL, und MdB Horst Schröder.

Einen Überblick über die Gesetzesinitiativen, die der Diskussionskreis Mittelstand in den vergangenen zwei Jahren im Bundestag einbringen konnte, gab MdB Hansheinz Hauser, Vorsitzender des Diskussionskreises. Trotz der Oppositionsrolle sei es in der ersten Hälfte der Legislaturperiode gelungen, in einigen wichtigen Einzelfragen parlamentarische Erfolge für den Mittelstand zu erringen. Enttäuschend für die mittelstandspolitische Arbeit sei jedoch die Doppelzüngigkeit der FDP, die in vielen Fällen in der Öffentlichkeit Zustimmung signalisiere, im Bundestag

sich aber kleinlaut der Koalitionsdisziplin unterordne. Hauser verwies schließlich auf die intensiven Kontakte zu den wichtigen mittelständischen Verbänden des vorpolitischen Raumes mit dem Ziel, die Erfahrungen und Vorstellungen der Verbände bei den parlamentarischen Entscheidungen berücksichtigen zu können.

Der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, warnte in seinem Schlußreferat die Gewerkschaften vor weiteren „arbeitsplatzgefährdenden und investitionshemmenden Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen“. Derartige Forderungen würden den nächsten Fehlschlag der Konjunkturpolitik vorprogrammieren. Schnitker erklärte, der Staat solle schleunigst von seinem sich selbst verliehenen Auftrag abrücken, Glücksbringer für alle sein zu wollen. „Er muß sich wieder auf seine eigentlichen Grenzen und Aufgaben beschränken. Damit würde er zugleich einen Beitrag dazu leisten, den Freiheitsraum seiner Bürger zu sichern — Freiheit hier definiert als Selbständigkeit und Eigenverantwortung.“

Als einer der Spitzenkandidaten der CDU für das erste direkt zu wählende Europa-Parlament ging der Handwerkspräsident auch auf die europäische Mittelstands-Perspektive ein.

Schon zuvor hatte das Europa-Thema breiten Raum auf dem Kongreß eingenommen. Der Vorsitzende des Exekutiv-Büros der Europäischen Mittelstands-Union, Christian Schwarz-Schilling, erläuterte den Delegierten seine fast zweijährige Vorbereitungsarbeit. Bereits am 7. und 8. April soll in Rom die Europäische Mittelstands-Union (EM-SU), an der sich 17 europäische Staaten beteiligen, aus der Taufe gehoben werden.

Steuerliche Hilfe zur Gründung von Existenzen

Ein Kontrastprogramm zum geplanten Eigenkapitalhilfeprogramm der Bundesregierung für Jungunternehmer haben Elmar Pieroth und Gerhard Zeitel vorgelegt. Kernpunkt ist dabei die steuerliche Begünstigung des Ansparens von Existenzgründungskapital.

Alternativ zur staatlichen Begünstigung des Bau- und Prämiensparens müsse in Zukunft das Ansparen für eine selbständige gewerbliche Tätigkeit steuerlich begünstigt werden. Auf ein Sperrkonto sollten deshalb maximal fünf Jahre lang jeweils höchstens 5 000 DM — zusammen also 25 000 DM — eingezahlt und gleichzeitig als Sonderausgaben vom zu versteuernden Einkommen abgezogen werden dürfen. Wenn zehn Jahre nach Beginn des Ansparens die Existenzgründung unter voller Aufgabe der Arbeitnehmertätigkeit unterbleibt, müssen die Sparleistungen nachversteuert werden.

Pieroth und Zeitel sind davon überzeugt, auf diese Weise vom derzeitigen Subventionscharakter der Existenzgründungsförderung wegzukommen. Mit einer Verbesserung der Konditionen für die Fremdkapitalaufnahme allein sei es nicht getan. Vielmehr müsse statt dessen die Eigenkapitalausstattung junger Betriebe verbessert werden. Die Verbilligung von Fremdkapital führe nämlich leicht dazu, junge Unternehmen in der Pionierphase künstlich am Leben zu halten, die schon nach Ablauf der Förderungszeit im marktwirtschaftlichen Leistungswettbewerb nicht bestehen könnten.

■ PARTEIARBEIT

Neu im Angebot

Begegnungen mit der Kunst

Ein Leitfaden



Die CDU ist bestrebt, den Kontakt zu Künstlern zu pflegen und zu vertiefen. Aus diesem Grund finden auf Bundes-, Landesebene und in den Städten immer wieder Gespräche zwischen Künstlern und Politikern der Christlich Demokratischen Union statt. Um diesen Kontakt mit den Künstlern zu fördern, hat die Christlich Demokratische Union einen Leitfaden mit dem Thema „Begegnungen mit der Kunst“ erarbeitet. Er soll den Gliederungen der CDU helfen, von sich aus Veranstaltungen zu organisieren und durchzuführen, bei denen Künstler, Politiker und Bürger die Möglichkeit haben, miteinander ins Gespräch zu kommen.

Mindestabnahme: 25 Exemplare

Preis: 15,75 DM pro 25 Exemplare

Bestell-Nr. 3903

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTOCK
Z 8398 CX
GEBÖHR BEZAHLT

TERMINE

- | | |
|---|--|
| <p>9. 2. LV Rheinland
Landesvorstand, Köln</p> <p>9. 2. CDU — Bund
BFA „Entwicklungspolitik, Bonn</p> <p>10. 2. LV Oldenburg
Landesparteitag, Delmenhorst</p> <p>10. 2. CDU — Bund
Frauenvereinigung
Hauptausschuß, Bonn</p> <p>10./11. 2. Mittelstandsvereinigung
der CDU/CSU — Bund
Fachtagung „Presse- u. Öffentlich-
keitsarbeit“, Gelnhausen</p> <p>12. 2. CDU — Bund
Präsidium, Bonn</p> <p>12. 2. CDU — Bund
Bundesvorstand, Bonn</p> <p>12. 2. LV Rheinland-Pfalz
Landesvorstand, Mainz</p> <p>12. 2. CDU — Bund
BFA „Außenpolitik“, Bonn</p> <p>12. 2. CDU — Bund
BFA „Gesundheitspolitik“, Bonn</p> <p>12. 2. CDU — Bund
Kommission „Mitwirkung im
kommunalen Bereich“, Bonn</p> <p>13. 2. CDU — Bund
Landesgeschäftsführerkonferenz,
Bonn</p> | <p>15. 2. KPV d. CDU/CSU — Bund
Bundesvorstand und
Hauptausschuß, Bonn</p> <p>16. 2. LV Westfalen-Lippe
Landesvorstand, Dortmund</p> <p>16. 2. CDU — Bund
BFA „Sport“, Koblenz</p> <p>17. 2. LV Schleswig-Holstein
Umweltkongreß, Nortorf</p> <p>19. 2. LV Baden-Württemberg
Präsidium und Landesvorstand,
Stuttgart</p> <p>19. 2. LV Schleswig-Holstein
Landesvorstand, Kiel</p> <p>21. 2. LV Westfalen-Lippe
Kreisgeschäftsführerkonferenz</p> <p>22. 2. LV Bremen
Frauenvereinigung
Delegiertentag, Bremen</p> <p>23. 2. LV Hessen
Kreisgeschäftsführerkonferenz,
Lich</p> <p>23. 2. LV Hessen
Landesvorstand, Gießen</p> <p>1./2. 3. CDU — Bund
Wissenschaftliche Fachtagung zu
Umwelt und Wachstum, Bonn</p> <p>2. 3. LV Schleswig-Holstein
Zentrale Großkundgebung zur
Eröffnung des Landtags-
wahlkampfes, Kiel</p> <p>2./4. 3. EAK d. CDU/CSU — Bund
Bundestagung, Wuppertal-Elberfeld</p> |
|---|--|

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UiD